

Am 31. 3. stürmten Frankfurts Bullen mit vorgehaltenen Revolvern in das **Walter-Kolb-Studentenheim**. Zweck des Kommandounternehmens war es **H.J. Krahl** festzunehmen. Ergebnis: doppelter Nasenbeinbruch. Einziger Zeuge: Achmad **Taheri**. Bei seiner eigenen Verhaftung selber schwer mißhandelt, hatte Frankfurts Polizei nichts Eiligeres zu tun, als den sie schwer belastenden Zeugen abzuschieben. Präsentiert durch die Frankfurter Justiz (er saß bis zu seiner Abschiebung in U-Haft), gestützt durch das dem 3. Reich entlehnten Ausländergesetz, wollte die Ausländerpolizei den nicht gerade als Freund des Schahs bekannten Kommilitonen in Persiens Gefängnissen verschwinden lassen. So konnten die von der SPD lizenzierten, städtisch angestellten Schläger die strafrechtlichen Verjährungsfristen für sich einplanen, da sie den Hauptbelastungszeugen in sicherem Gewahrsam wähnten.

Die Abschiebung wurde durch zwei Selbstmordversuche und einer militanten Aktion am Flughafen verhindert.

Taheri stellte einen Asylantrag für den eben gerade diese Frankfurter Polizei die notwendigen Ermittlungen anstellt, das heißt, daß Achmad **Taheri** der Ausländerbehörde ein berechtigtes Interesse nachweisen muß, hier in der BRD zu bleiben, was mit seiner Immatrikulation hier gegeben wäre. Die hierzu erforderlichen Fristen wurden versäumt - eine Chance für die Behörden nun doch noch nachträglich über ihre Handlanger im Rektorat die Ausweisung zu erreichen.

Es geht hier jedoch nicht nur um die Person **Taheris**, sondern um eine prinzipielle Auseinandersetzung mit der Universitätsbürokratie im Rahmen des Versuchs den Wissenschaftsbetrieb neu zu bestimmen. Dieser Neuorganisation des Studiums begegnete die Administration mit Strafanzeigen und Disziplinarverfahren. Somit geht es nicht nur um Ausweisung oder Immatrikulation sondern um eine exemplarische Kampfsituation, die es notwendig macht über den verbalen Protest hinaus den einseitigen, durch formalisierte, administrative Kompetenzen und Interpretationsherrschaft abgesicherten Machtvorsprung der Universitätsbürokraten materiell zu brechen.

Den Amtshilfemaßnahmen des **Rektors** für die Ausländerbehörde, die exemplarischen Charakter für die Disziplinierungsversuche haben, muß deshalb mit praktischer Solidarität begegnet werden. Deshalb sollen die Rückmeldungen, die allenfalls für die Bürokratie eine Kontrollfunktion haben, solange verhindert werden, bis Taheri sich immatrikulieren kann. Solidarisiert Euch im Kampf gegen die Universitätsbürokraten !  
Treibt die Selbstorganisation des Studiums voran !